Sitzung des Kreistages am 07.04.2022

- **TOP 15: Situation des Zivil- und Katastrophenschutzes im Kreis Mettmann
hier: Anfrage der AfD-Fraktion vom 21.03.2022**

Die Anfrage der AfD Kreistagsfraktion, ob für den Ernstfall einer kriegerischen, gar nuklearen Auseinandersetzung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder im benachbarten europäischen Ausland Schutzmaßnahmen getroffen sind und wenn ja, welche, wird wie folgt beantwortet:

Der Bund hat Regelungen für den Verteidigungsfall im Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe (ZSKG) getroffen. Behördliche Maßnahmen ergänzen dabei die Selbsthilfe der Bevölkerung. Der Bund greift im Zivilschutz auf die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes der Länder zurück. Diese nehmen Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung im Verteidigungsfall wahr und werden auch im Kreis Mettmann vorgehalten; fünf Einsatzeinheiten werden von den Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz und Johanniter Unfallhilfe gestellt. Ebenfalls im Katastrophenschutz wirken als anerkannte Hilfsorganisationen die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft und der Malteser Hilfsdienst mit, teilweise in Konzepten der Wasserrettungszüge bzw. anderer Einsatzeinheiten. Die Feuerwehren sind ebenfalls zur Mitwirkung im Katastrophenschutz verpflichtet. Die für den Bereich des Katastrophenschutzes bestehenden Konzepte des Landes NRW sind auch für den Zivilschutz anwendbar.

Grundsätzlich sind für den Verteidigungsfall folgende Aufgabenbereiche definiert:

Brandschutz und ABC-Schutz (Aufgabenwahrnehmung durch die Feuerwehren), Sanitätswesen und Betreuung (Hilfsorganisationen) sowie Bergung und Instandsetzung (Bundesanstalt Technisches Hilfswerk).

Der öffentliche Schutzraumbau ist 2007 mit Blick auf die veränderte Sicherheitslage aufgegeben worden. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) führt zur Historie aus:

Nach dem Zweiten Weltkrieg sind einige der seinerzeit als Hoch- und Tiefbunker errichteten Bunkeranlagen gesprengt oder geschleift worden, andere dienten jahrelang noch als Wohnraum. Nach 1963 wurde, geprägt durch die Kuba-Krise, ein Instandsetzungsprogramm für die noch existierenden Bunkeranlagen ins Leben gerufen. Die Anlagen wurden mit für die damalige Zeit modernster Technik ausgestattet.

Aufgrund der enormen Errichtungs- und Folgekosten dieser zum Teil aufwändigen Technik sowie der beginnenden wirtschaftlichen Rezession lief das Instandsetzungsprogramm mit dem Haushaltssicherungsgesetz von 1967 aus.

Die Folge war eine deutliche Reduzierung der fachlichen und damit auch technischen Anforderungen (Aufenthalt bis etwa zehn Stunden im Grundschatz – einfache Technik), die zu einer erheblichen Kostensenkung führte, so dass die zivilschutzmäßige Herrichtung von weiteren Bunkeranlagen auf Grundlage des Nutzbarmachungsprogramms 1977 umgesetzt werden konnte.

Dabei stieg der Bund auf eine Förderung des Schutzraumbaus durch Gemeinden und Private durch Zuschuss auf der Grundlage von Zuwendungsverträgen um. Die Errichtung von Schutzräumen als Mehrzweckanlagen (Tiefgaragen, Bahnhöfe) wurde vom Bundesinnenministerium finanziert und anschließend von den Oberfinanzdirektionen (Bundesvermögensverwaltung) und den nachgeordneten Bauämtern durchgeführt. Die Vorgängerbehörde des BBK – das Bundesamt für Zivilschutz – war für die Feststellung der zivilschutztaktischen Eignung und die baulich-technische Zulassung von Schutzraumeinbauteilen zuständig.

Anfang der 1990er Jahre wurde das Nutzbarmachungsprogramm für Bunker und Stollen sowie die anderen Schutzbauprogramme aufgrund der weltweiten Entspannung eingestellt. Schutzbauten aus der ehemaligen DDR wurden nach einer Bestandsaufnahme vor dem Hintergrund der geänderten Bedrohungslage nach dem Ende des Kalten Krieges nicht als öffentliche Schutzräume aufgenommen. Für die restlichen Anlagen liefen die Bauprogramme Ende der 1990er Jahre aus. In der Folge wurden bereits zahlreiche Bunker aus der sogenannten Zivilschutzbindung entlassen (entwidmet) und konnten somit vom jeweiligen Eigentümer ohne Zivilschutzaufgaben verändert, das heißt veräußert und/oder umgebaut werden.

Nach den Terroranschlägen in den USA im September 2001 und dem Elbehochwasser in 2002 wurde der Zivilschutz im Rahmen einer zwischen Bund und Ländern vereinbarten „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung“ auf moderne Bedrohungsszenarien ausgerichtet. Die Gefährdungslage durch Naturkatastrophen, Klimawandel und Terrorismus erforderte ein Umdenken auch im Bereich des baulichen Bevölkerungsschutzes. Die Bundesregierung entschied daher in 2007 im Einvernehmen mit den Ländern, den öffentlichen Schutzraumbau aufzugeben.

Angaben zu Schutzräumen im Kreis Mettmann liegen nicht vor. Vor dem dargelegten Hintergrund ist davon auszugehen, dass ein Weiterbetrieb nicht verfolgt wurde.

Ein Baustein im Katastrophen- und Zivilschutz ist die Warnung der Bevölkerung. Seit einigen Jahren wird dabei auf einen „Warn-Mix“ aus verschiedenen Warnmedien gesetzt, so Lautsprecher-Durchsagen, Warndurchsagen über Medien und verschiedene Warn-Apps, welche über das Modulare Warn-System des Bundes (MoWaS) angesteuert werden. Auch die Leitstelle des Kreises Mettmann nutzt ein Terminal, über welches in einem geschützten Netz per Satellitenanbindung Warnmeldungen abgesetzt werden können.

Als wesentlicher Bestandteil der Warnstrategie wird ein flächendeckendes Sirenenetz angesehen. Im Kreis Mettmann werden die teilweise mehr als 60 Jahre alten Sirenenanlagen derzeit gegen moderne, batteriegepufferte Hochleistungssirenen ausgetauscht bzw. Bereiche erstmalig seit vielen Jahren wieder mit diesen Anlagen versehen. Sirenen wird ein wichtiger Weckeffekt zugeschrieben, über welchen andere Medien insbesondere zu nachtschlafender Zeit nicht verfügen. Die Signale zur Warnung der Bevölkerung zeigen an, sich in den Medien über die aktuelle Situation und Verhaltensweisen zu informieren. Das Funknetz zur Ansteuerung der Sirenen über die Leitstelle des Kreises Mettmann kann autark arbeiten und ist daher besonders geschützt.